

Herr
Regierungsrat Anton Lauber
Finanz- und Kirchendirektion
Rheinstrasse 33b
4410 Liestal

Liestal, 20. September 2013

Vernehmlassung zum Entwurf des Gesetzes über den Vollzug des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit sowie die Einsetzung der tripartiten Kommission

Sehr geehrter Herr Lauber

Für die Einladung zur Vernehmlassung zum Entwurf dieses Gesetzes bedanken wir uns. Die SP Baselland nimmt wie folgt Stellung:

Die SP begrüsst das Einführungsgesetz (EG) zum Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit sowie die Einsetzung der tripartiten Kommission und somit die Ablösung des bestehenden Gesetzes.

- Das EG schafft eine praktikable und moderne Basis.
- Es stützt den vom Bundesrat empfohlenen sozialpartnerschaftlichen Ansatz in Branchen mit allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen.
- Die konstatierten Mängel (siehe Bilanz des Bundesrates über den Vollzug des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit vom 19.12.2012) werden behoben.
- Es regelt das Zusammenspiel und die Aufgabenteilung zwischen Behörden und Sozialpartnern.
- Es entwickelt den geforderten, präventiven Charakter im Bereich der Information und bekämpft die negativen Folgen von Schwarzarbeit, Scheinselbständigkeit, Lohn- und Sozialdumping, und es sorgt für gleich lange Wettbewerbsspiesse.
- Das EG verringert durch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Erhebung von Bussen die finanziellen Aufwendungen des Kantons Basel-Landschaft.
- Die tripartite Kommission wird in ihrem Aufgabenbereich aufgewertet und das Migrationsamt hat neu Einsitz darin.
- Das EG führt zu keinen weiteren bürokratischen Belastungen von Unternehmen (ausser für Fehlbare).

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei Baselland



Martin Rüegg, Parteipräsident

**Sozialdemokratische Partei
Baselland**

Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal

Telefon 061 921 91 71
Telefax 061 921 68 70

info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch